

Serbiens Wiedergeburt – gelassener Umgang mit dem brutalen Unvermeidlichen

Einführung

Kiro Gligorov, Ex-Präsident Mazedoniens und vor Jahren bereits von Belgrader Liberalen als „vermutlich einziger kluger Politiker auf dem Balkan“ gerühmt, erinnerte unlängst an eine jahrelang vergessene Binsenweisheit:

Da ist etwas, das manchem auf der Welt schwer akzeptabel erscheint. Man darf denken, was man will, aber auf dem Balkan ist nun einmal von außerordentlicher Wichtigkeit, wo Serbien steht. Seitdem dort das Regime ausgewechselt wurde, hat sich in sehr kurzer Zeit auch die Einstellung der internationalen Gemeinschaft zu wesentlichen Fragen und zum Status Serbiens und der Bundesrepublik Jugoslawien gewandelt.¹

Gemeint ist die Befreiung aus einer Lage, die bis 1998 langsam, danach immer rascher zur allseitigen Lähmung eskaliert war: Die Serben, das größte Slawenvolk Südosteuropas, waren durch die Herrschaft von Slobodan Milošević in ihren Lebensbedingungen buchstäblich „dezimiert“, das heißt auf ein Zehntel früherer Standards zurückgeworfen worden.² Das Regime zettelte vier Kriege an, die ihm zunächst internationale Sanktionen, dann völlige Isolierung, zuletzt von März bis Juni 1999 die NATO-Luftangriffe gegen militärische und zivile Ziele einbrachten.

Einen positiven Effekt hatte diese Mission nicht, vielmehr stand die NATO nach ihr schlimmer da als die Sowjetarmee 1956 in Budapest und 1968 in Prag, denn die hatte wenigstens kaum Schäden an Zivilobjekten verursacht. Und die Sowjets hatten sich nicht zur „Privatarmee“ der organisierten Kriminalität machen lassen – was die NATO seit zwei Jahren im Kosovo ist. Die dortige albanische „Befreiungsarmee“ UÇK war im Grunde nie etwas anderes als eine Bande terroristischer Krimineller, deren Förderung durch die internationale Gemeinschaft nur ein brisantes Gemisch politischer und krimineller Strukturen im Kosovo hervorbringen konnte: Statt einem multiethnisch rekonstruierten Kosovo sehen wir tagtäglich eine gewalttätige ethnische Säuberung gegen die elf nichtalbanischen Volksgruppen, statt einem Raum von Recht und Ordnung ein „Eldorado für alle Verbrecher des Balkans“³, statt einem Kristallisationskern balkanischer Sicherheit und die Ausgangsbasis eines großkosovarischen Terrorismus, der Süd-Serbien erfasste und heute in Mazedonien wütet, morgen nach Montenegro übergreifen und übermorgen den griechischen Nord-Epirus, wo rund 700 000 Albaner leben, bedrohen wird, um zuletzt nach Süd-Italien mit seinen 200 000 Albanern zu reichen.

Ist das übertrieben? Hoffentlich ja, zumal die denkbar schlimmste Alternative vermieden wurde, dass nämlich der kosovo-albanische Terrorismus die internationale Gemeinschaft gezwungen hätte, sich mit dem Belgrader Diktator Milošević präventiv zu verbünden. Diese

1 Interview in: Vreme (Belgrad), 29.3.2001, S. 13–14

2 Detailliert beschrieben vom UN-Menschenrechtsbeauftragten Jiří Dienstbier in seinem Bericht „Situation of human rights in the former Yugoslavia“ vom 28.12.1999, Update 20.3.2000

3 So der albanische Journalist Baton Haxhiu in einer Kosovo-Sendung, die das Bosnische Fernsehen im Rahmen seiner Serie *Žarišta* (Brennpunkte) am 3.2.2000 ausstrahlte. In der Sendung kamen auch andere zu Wort, unter ihnen westliche Politiker, die diese Einschätzung vollauf teilten.

Möglichkeit war durchaus absehbar, obwohl sie im Westen stets durch starke Worte übertönt wurde: „Keine Hilfe für Serbien, solange Milošević an der Macht ist“, musste etwa Bodo Hombach, EU-Beauftragter für den *Stabilitätspakt Südosteuropa*, ständig verkünden – ohne erklären zu können, wie man Sicherheit, demokratische Ordnung und Prosperität ohne oder gar gegen Serbien erreichen könnte.

Die 10 Millionen Serben litten unter Milošević und wurden seinetwegen von der internationalen Gemeinschaft noch kollektiv bestraft. Erst als dessen bevorstehende Abwahl gewiss war, schwenkte man um: Am 21. September 2000, drei Tage vor der entscheidenden Wahl des jugoslawischen Staatspräsidenten und des Bundesparlaments, versprach Hombach den Serben in einem Artikel für die oppositionelle Tageszeitung *Blic* „noch dieses Jahr 4 Milliarden Deutsche Mark“, wenn sie für eine „demokratische Umgestaltung“ Serbiens stimmen würden. Ein großartiges Angebot, das dennoch nicht erfüllt wurde, und eine lächerliche Geste, denn die Serben hatten den Wandel längst in die eigenen Hände genommen.

Wer in Serbien Veränderungen will, muss Mehrheiten gewinnen und einkalkulieren, dass rund 30 Prozent des Elektorats traditionell an die extreme Rechte und Linke vergeben sind, muss sich also in sozialen Fragen links, in nationalen Fragen rechts anlehnen und zudem noch die für Serben charakteristische Tribünen-Eitelkeit von Führungspersonen und die Zerstrittenheit ihrer Gruppierungen überwinden. Das hat man erst geschafft, als die Bedrohung des gemeinsamen Feindes Milošević so integrierend wirkte, dass frühere Gegensätze überwunden wurden. Milošević hat bis zum heutigen Tag nicht begriffen, dass er am 24. September 2000 keine *Wahl verloren* hat, sondern einem *Referendum* ins Messer lief.⁴

Zoran Đinđić, Chef der serbischen *Demokratischen Partei* (DS), war der eigentliche Regisseur des Wahlkampfes der *Demokratischen Opposition Serbiens* (DOS), des Bündnisses aus 19 Gruppierungen – oder 34, da einige Mitglieder ihrerseits Koalitionen darstellten –, das bei den Wahlen triumphierte. Dieser Triumph musste Milošević aber in einigen Etappen drastisch beigebracht werden: Am 5. und 6. Oktober 2000 räucherten rund eine Million Serben buchstäblich seine Bastionen in der Hauptstadt aus, und am 30. und 31. März 2001 endete sein Versuch, ein gewalttätiges Comeback zu inszenieren, mit seinem resignierenden Ortswechsel ins Belgrader Zentralgefängnis. Zuvor hatte die DOS im Dezember 2000 durch ihren Sieg bei der Wahl des serbischen Republiksparlaments den Prozess der Machtübernahme abgeschlossen.

Die neue Regierung und ihr Programm

Noch zu Jahresbeginn 2001 herrschte in Belgrad die Meinung vor, die neue serbische Regierung werde ein effizientes Expertenteam sein, bei dem Parteizugehörigkeit weiter keine Rolle spiele. Die Namensliste der Regierungsbildung vom 22. Januar 2001 las sich indessen wie ein Who-is-who der DOS.⁵ Dies bringt Vorteile in der Sache und Nachteile im Tempo: Es kann nur förderlich sein, wenn wichtigste Fragen im Ergebnis einer Konsensbildung innerhalb der DOS entschieden werden. Es ist aber hinderlich, wenn gerade drängendsten Fragen eine langwierige Konsensbildung vorgeschaltet ist.

Im übrigen darf man diesen Aspekt auch nicht überbewerten: Die DOS ist ja immer noch eine lose Konföderation von Milošević-Gegnern, die vor allem durch diese Gegnerschaft

4 Vgl. zum Machtwechsel in Serbien Chantal de Rudder: *Milosevic, vaincu encombrant...*. In: *Le Nouvel Observateur*, 12–18.10.2000, S. 35–36

5 Biographien in: *Vreme*, 25.1.2001, S. 16–18

zusammengehalten wird. Unter Milošević dirigierten *starke* Persönlichkeiten geschwächte Institutionen, die DOS bestückt *gestärkte* Institutionen mit „auswechselbaren Persönlichkeiten, auch wenn diese momentan unangreifbar anmuten mögen“.⁶

Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit sind sozusagen demoskopisch bei einer politisch „gereiften“ und „maßvoll revanchistisch“ gestimmten Bevölkerung erkundet worden, und zwar in dieser Reihenfolge:

Erstens *höherer Lebensstandard, rasche Wirtschaftsgesundung*: Die Milošević-Diktatur hat in den Jahren ihres Wirkens 80 bis 90 Prozent *aller* Serben zu einem Leben an oder unterhalb der *Armutsgrenze* verdammt.⁷ Der Niedergang Serbiens bescheunigte sich zum freien Fall: Von September 1999 bis September 2000 verteuerten sich Industrieprodukte um 103, Nahrungsmittel um 50 bis 87 Prozent und für das Jahresende 2000 wurde eine dreistellige Inflationsrate erwartet. *Bela knjiga Miloševićeve vladavine*⁸ nannte Wirtschaftsdaten im regionalen Vergleich: Durchschnittliche Monatseinkommen in Slowenien 1 100 Deutsche Mark, in Serbien 87 Mark⁹, Durchschnittsrenten von 470 Mark (1991) auf 60 Mark (2000) gesunken, Zahl der Beschäftigten in Serbien (ohne Kosovo) von 2,4 Millionen (1989) auf zirka 1,7 Millionen (1999) gefallen, Zahl der Arbeitslosen von 400 000 (Serbien ohne Kosovo 1988) auf knapp 750 000 (1999) gestiegen. Das alles hat eine Wirtschaft verursacht, die Milošević planmäßig zur Kriegs- und Klientelwirtschaft transformierte, um so seine militärischen Abenteuer finanzieren und seine politische "Nomenklatur" von etwa 200 000 Anhängern bei der Stange halten zu können.¹⁰ Hier durch radikale Strukturveränderungen die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und das internationale Standing des Landes zu heben, ist seit Jahren dringlich, aber erst jetzt realisierbar. Serbien ist ökonomisch so am Boden, dass Wirtschafts- und Finanzminister Božidar Đelić eigentlich den „Staatsbankrott“ verkünden müsste: 25 bis 30 Milliarden Mark Auslandsschulden, 12 Milliarden Mark Binnenverschuldung, 7,5 Milliarden Mark Bankverschuldung bei privaten Devisensparern, 300 Million Mark Devisenreserven, ein durchschnittliches Monatseinkommen von 110 Mark im Januar 2001, je eine Million Flüchtlinge und Arbeitslose etc.¹¹

Zweitens *Bekämpfung von Korruption und Kriminalität*: Mlađan Dinkić, Gouverneur der Nationalbank und früher Leiter der oppositionellen Ökonomen Gruppen *G17 plus*, wurde in den neunziger Jahren durch ein Buch berühmt, in welchem er aufzeigte, wie das Regime mittels Einfrieren von Devisenkonten, Hyperinflation, Preismanipulationen etc. die Bevölkerung schlichtweg bestohlen hat.¹² Das Ausland kannte die Regierungskriminalität, die Embargobrüche, Devisentransfers etc. Nach russischen Angaben sollen das Regime und seine Klientel das eigene Volk auf diese Weise um 3,8 Milliarden Dollar bestohlen haben.¹³ Premier Zoran Đinđić¹⁴ kündigte umfangreiche Überprüfungen und nachträgliche Besteuerungen an.¹⁵

6 Dragoš Ivanović: Daleko je dosadna država (Die langweilige Staat ist weit weg). In: Republika Nr. 254, 1.–15.2.2001, S. 3

7 Vgl. Milosav Milosavljević (Hg.): Socijalna politika u tranziciji (Sozialpolitik im Übergang). Belgrad 1998. Milan Milošević: Socijalni ćorsokak (Soziale Sackgasse). In: Vreme, 14.11.1998, S. 22–26

8 Weißbuch zur Milošević-Herrschaft, von TV CG am 2.10.2000 im Rahmen eines Films über Milošević ausführlich gewürdigt

9 Dezember 1999, nachdem sie im Dezember 1990 752 Mark, im Inflationswinter 1993 aber nur 21 Mark betragen hatten.

10 Vgl. Vladimir Milovanović: Ko su srpski bogataši (Wer die serbischen Reichen sind). In: Vreme, 15.1.2000, S. 22–23

11 Vgl. Milan Čulibrk: Bula od 50 milijardi maraka (Loch von 50 Milliarden Mark). In: Reporter (Banja Luka, RS-Ausgabe), 6.2.2001

12 Mlađan Dinkić: Ekonomija destrukcije (Ökonomie der Destruktion). Belgrad³1995

13 Vgl. Gennadij Syssoev, Oleg Zorin: Belgradskij vor (Der Dieb von Belgrad). In: Ėkspert, 17.10.2000, S. 32–34

14 Vgl. das Interview mit Premier Zoran Đinđić in: Der Spiegel, Nr. 1/2001, S. 107–110

Mit Vorrang wurde die alte Regierungskriminalität ausgeräumt, die Geheimdienste, Sonderpolizei, Spezialeinheiten etc. zur Liquidation politischer Gegner und Missliebiger einsetzte.¹⁶ Die neuen Männer in Belgrad wissen, dass auch ihre Herrschaft nicht gegen Korruption immun sein wird, aber sie errichten „Dämme“ dagegen, vor allem durch Stabilisierung der Justiz und Förderung von deren Autonomie. Sie versuchen, durch Schaffung stabiler und transparenter Strukturen, insbesondere bei der Erstellung lokaler Budgets und der Vergabe öffentlicher Aufträge, Korruption niedrig zu halten, nicht zuletzt mit Blick darauf, dass eine „gezähmte“ Korruption ausländische Anleger anlockt.

Drittens *Konsolidierung politischer Strukturen*: Dass Politikausübung unter Milošević pure Willkür war, demonstrierte er selber laufend: Nur wo er gerade amtierte, konzentrierte sich die reale Macht, egal ob er Präsident Serbiens war oder ins *jugoslawische* Präsidialamt rochierte. Die Verfassung interessierte ihn nicht: Dass sie etwa den Oberbefehl über die Armee einem serbisch-montenegrinischen *Obersten Verteidigungsrat* überantwortet hinderte Milošević nicht, sich selber zum Oberkommandierenden zu machen.¹⁷ Die von der Verfassung garantierte Autonomie für die Vojvodina und das Kosovo hob er 1989 auf, die in Kommunen der Vojvodina und des Sandžak regierende Opposition ließ er per *Zwangsverwaltung* stürzen. Medien machte er durch Zensurgesetze stumm oder ließ sie durch die Polizei besetzen, die Universitäten schloss er und ihre Wissenschaftler zwang er per Gesetz vom 28. Mai 1998 zu Loyalitätserklärungen für sein Regime.¹⁸ Generäle, die wie Generalstabschef Momčilo Perišić seine Politik als „Krieg gegen die ganze Welt“ kritisierten, sonderte er per Säuberung aus, kritische Journalisten wie Slavko Čuruvija fielen Attentaten zum Opfer, von seinem einstigen „Ziehvater“ Ivan Stambolić fehlt seit August 2000 jede Spur.¹⁹

Es ist verständlich, dass zehn und mehr Jahre Milošević eine harte Lehre für die neuen Machthaber sind, die schon mit Blick auf die eigene Glaubwürdigkeit und ihren Rückhalt im Volk bemüht sein müssen, jede Ähnlichkeit mit der vergangenen Herrschaft zu vermeiden. Das Problem der neuen Machthaber ist *nicht*, die alten Strukturen zu zerschlagen; dafür hat man geeignete Leute wie den Ex-General Perišić oder den Ex-Geheimpolitisten Dušan Mihajlović, die gewiss nicht per Zufall Vize-Premiers und Minister wurden. Schwieriger ist es, den neuen Apparat vor einer Infiltration durch den alten und die eigenen neuen Strukturen vor einer Bildung von „Seilschaften“ durch Milošević-Funktionäre zu bewahren. Aber dieses Problem ist längst erkannt worden.²⁰ Strategien hat Premier Đinđić in seinem detaillierten Prioritätenprogramm „Rechnungslegung“ (svođenje računa) auch schon aufgelistet: Es geht um die gerichtliche Aufarbeitung der Verbrechen des alten Regimes, die Bekämpfung der von ihm initiierten und geduldeten organisierten Kriminalitätsstrukturen in der Gesellschaft²¹, die politische Kontrolle des Geheimdienstes, die Einführung von Sondersteuern auf Vermögen aus der Milošević-Ära, die Aufhebung von alten Zwangsgesetzen (speziell im Hochschul- und Medienbereich), die Transformation des gesamten Machtapparats im Sinne einer wirksamen

15 Vgl. das ausführliche Porträt von Premier Zoran Đinđić. In: Reporter, 30.1.2001

16 Vgl. Miloš Vasić: Stezanje obruča (Reifenwechsel). In: Vreme, 1.3.2001, S. 10–16

17 Vgl. Roksanda Ninčić: Ko komanduje vojskom? (Wer kommandiert die Armee?). In: Vreme, 22.4.2000, S. 15

18 Vgl. Rista Trajković u.a.: Univerzitet – potreba za promenom (Universität – Bedarf an Veränderung). In: Republika, Nr. 254, 1.–15.2. 2001, S. 31

19 Ein erstes „Dossier“ von Miloševićs schwersten Vergehen erschienen in: Reporter (Banja Luka), 7.3.2001, S. 7–13

20 Vgl. Miloš Vasić: Policijska priča – Hvalisanja i šlihtanja (Polizei-Geschichte – Belobigungen und Schlichtungen). In: Vreme, 25.1.2001, S. 22–24

21 Dazu und zur Rolle von Ehefrau Mira Marković-Milošević vgl. Jovan Dulović: Poslovi gospodina načelnika (Die Jobs des Herrn Chef). In: Vreme, 1.3.2001, S. 17–18

Prävention alter Missbräuche und die gesetzgeberischen Vorkehrungen für die national und international allseits geforderten Reformen.²²

Politik und Wirtschaft – Wirtschaft und Politik

Meinungsumfragen vom März 2001 besagten, dass die Rate der mit der DOS unzufriedenen auf 37 Prozent angestiegen war. Das dürfte erst der Anfang sein, denn die ökonomische Lage Serbiens hat sich mit dem Machtantritt der DOS drastisch verschlechtert: Die Industrieproduktion ging monatlich um 7 bis 11 Prozent zurück, die Preise stiegen um 3 Prozent im Monat, 40 Prozent der Gesamtbevölkerung haben nicht die Mittel, auch nur die minimalen Existenzbedingungen zu finanzieren.²³

Die DOS kann nur rückhaltlos aufklären: Đinđić schrieb in einem Aufsatz²⁴, dass die Menschen im September und Oktober letzten Jahres „ohne Zweifel die Diktatur stürzten, um ein besseres Leben zu erreichen“. Der „eine Teil des Wunsches, der politische“ wurde erfüllt, während der „wichtigere Teil, der materielle und ökonomische“ bislang unerfüllt blieb. Die daraus folgende Frustration wird durch populistische Altlasten in der Verfassung noch verstärkt: „Alle haben das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit, aber es gibt nur Arbeitsplätze für ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung“. Dasselbe gilt für die Renten und andere Bereiche, die durch „deklarative“ Rechtsgrundsätze gesichert erscheinen, in einer desolaten Wirtschaft aber nicht durchsetzbar sind. Die Diskrepanz zwischen rechtlicher Fiktion und ökonomischer Realität verschlingt viel „notwendige positive Energie für Veränderungen“. „Tapferkeit besteht darin, den Arbeitnehmern die Wahrheit zu sagen“, eine Wahrheit, die sich so ausnimmt:

Die Verluste der serbischen Unternehmen machen offiziell 26 Prozent ihres Kapitals aus, real aber mehr als 50 Prozent. Die größten Verlustbringer unter insgesamt 68 154 Unternehmen sind die 5000 Staatsbetriebe. Deren Sanierung könnte der Start einer umfassenden Wirtschaftsreform sein, sie wird aber durch den Druck wachsender Streiks, Proteste und Forderungen verzögert. Hinter dieser Welle sozialen Unmuts stehen einerseits die „geschlagenen politischen Kräfte“, andererseits aber auch objektive Gründe: Noch immer leben 70 Prozent aller Menschen an der Armutsgrenze, davon ein Drittel deutlich darunter. Von insgesamt 2,5 Millionen Haushalten müssen 330 000 durch ein Sonderprogramm der Regierung zur Gänze unterstützt werden.²⁵

Das alles spielt sich vor einem bizarren Hintergrund ab: Die durchschnittlichen Monatseinkommen stiegen von 75 bis 80 Mark im Oktober 2000 auf 145 Mark im März 2001. Obwohl auch die Preise kräftig gestiegen waren, befürchtete die Regierung, dass ihr bei internationalen Verhandlungen vorgehalten werden könnte, dieser Lohnanstieg sei das Resultat des Drucks der Straße, was die Gesamtheit der politischen Veränderungen diskreditieren könnte. Man sah voraus, dass der *Internationale Währungsfonds* (IMF) eine deutliche Verlangsamung des Lohnzuwachses fordern werde, was zu neuen Spannungen in Serbien und zu Friktionen mit der internationalen Gemeinschaft führen könne. Zoran Đinđić lehnt das Verlangen nach einer *Schocktherapie* für die serbische Wirtschaft zurecht mit dem Hinweis ab, die serbische Gesellschaft lebe ohnehin schon unter einem Dauerschokk. Aber das nützt ihm gar nichts, weil auch der IMF Recht hat, der zudem weiß, dass wegen

22 Wortlaut des Programms in: Blic, 18.1.2001

23 Bericht in: Politika, 25.2.2001, S. 10

24 Zoran Đinđić: Predlog dogovora o državnom cilju (Vorschlag eines Vertrags zum Staatsziel). In: Vreme, 22.3.2001, S. 10–11

25 Vgl. Milan Milošević: Krik iz crne rupe (Schrei aus dem schwarzen Loch). In: Vreme, 29.3.2001, S. 20–26

ausgebliebener Privatisierung der Staat in Wirtschaftsdingen zugleich *kadija i sudija* ist, Ankläger und Richter. Das postkommunistische Dilemma zwischen der Notwendigkeit radikaler Reformen und Streben nach deren „sozialer Abfederung“ spielt sich im gegenwärtigen Serbien in extremer Härte ab, und diese Desorientierung nützt das Heer der Altfunktionäre, Wendehälse, Lobbyisten, Krisengewinnler, Faulpelze und korrupten Geschäftemacher. Einige sahen ab, die Wirtschaft ist weiterhin auf Talfahrt, die im Prinzip staatlichen Gewerkschaften rebellieren gegen die Zustände in den Staatsbetrieben, und die DOS ist im Widerstreit zweier Grundkonzeptionen – Vojislav Koštunicas *Rechtsstaat* versus Đinđićs *Wirtschaftsreform* – dabei, äußere Kreditabilität und innere Kohäsion einzubüßen.

Die DOS tut nicht genug für die Wirtschaft und sie nährt falsche Hoffnungen in der Bevölkerung, dass „Europa“ dem großen Serbien mit seinen talentierten Menschen jede benötigte Summe bereitwillig geben werde, besonders wenn Belgrad gewisse Bedingungen des Westens erfüllt, etwa die Auslieferung Miloševićs ans Haager Tribunal. Internationale Geberkonferenzen, wie jene in Brüssel vom 29. Juni 2001, in welcher der BRJ 1,28 Milliarden Dollar an Finanzhilfe zugesagt wurde, verstärken diesen Eindruck.

Kooperation mit Den Haag

Wer die Liste der Verbrechen Miloševićs mit der Anklage des *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia* (ICTY) in Den Haag vom 22. Mai 1999²⁶ gegen ihn vergleicht, wird sich über die geringe die Bereitschaft zur Auslieferung von Milošević in Serbien nicht wundern. So kam es Ende Juni 2001 auch nur deshalb zur Auslieferung von Milošević an das Tribunal, weil der neuen politischen Führung in Belgrad damit gedroht wurde, sie von internationaler Finanzhilfe auszuschließen. Natürlich wollte jedermann Milošević vor Gericht sehen.²⁷ Andererseits interessieren die in Serbien bekannten und dokumentierten Verbrechen das Haager Tribunal überhaupt nicht, während zumindest von einigen der für Den Haag relevanten *Kriegsverbrechen* – etwa das "Massaker von Račak" (Januar 1999) – mehr als zweifelhaft ist, ob es sie überhaupt gegeben hat.²⁸

Das Haager Tribunal folgt seit seiner Gründung per UN-Sicherheitsrats-Resolution 808 im Februar 1993 dem Prinzip der wachsenden strafrechtlichen Verantwortung bei aufsteigendem politischen Rang. Die dabei vage bleibende gerichtlich nachweisbare Individualschuld macht die ganze Arbeit des Tribunals so undurchsichtig und unbefriedigend. Hinzu kommt die undiplomatisch fordernde Art der Chefanklägerin Carla del Ponte, die wie das verkörperte Weltgewissen auftritt, mit „Geheimanklagen“ spielt und wenig Sinn für politische Rücksichten hat.²⁹

Milošević hat sich Ende März 2001 den schlechtesten Dienst erwiesen – und den Serben den (relativ) besten, als er sich zunächst seiner Verhaftung zu widersetzen versuchte. Sein Verhalten hat das charakteristische Geflecht aus perverser Loyalität zum Führer, Selbstidentifikation mit ihm („das serbische Volk soll auf die Anklagebank“) und Selbstgerechtigkeit („die anderen haben doch auch Verbrechen am serbischen Volk

26 <<http://www.un.org/icty/indictment/english/mil-ii990524c.htm>>

27 Vgl. Zlatoje Martinov: Zločinci su (još uvek) među nama (Die Verbrecher sind /noch immer/ unter uns). In: Republika, 1.–15.4.2001, S. 11–12

28 Dušan Neumann: Kosovo – Když se leganda stane faktem (Kosovo – Wenn eine Legende zur Tatsache wird). In: Týden (Prag), Nr. 21/2000, S. 36–37. Matthias Rüb: Was geschah am 15. Januar 1999 in dem Dorf Račak im Kosovo? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.1.2001

29 Dass sie z.B. bei ihrem Belgrad-Besuch Ende Januar 2001 „ausplauderte“, Milošević sei damals von der NATO von dem bevorstehenden Bombenangriff auf das Funkhaus des Staatsfernsehens RTS informiert worden, war ein „Eigentor“, nämlich ein Hinweis auf die jahrelange „Komplizenschaft“. Vgl. Blic, 24.1.2001

begangen“) wie einen dicken Nebel verfliegen lassen. Erst jetzt können die Serben zu Selbsterkenntnis, politischem Urteil und Aufarbeitung ihrer jüngsten Geschichte gelangen.³⁰

Serbien und Montenegro

Die *Bundesrepublik Jugoslawien* entstand 1992 unter abstrusen Umständen als Staatenbund aus Serbien und Montenegro: Eine Kammer eines Parlaments, dessen Mandat abgelaufen war und das die längst zerbrochene *Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien* repräsentierte, proklamierte den neuen *Bundesstaat*, der streng genommen niemals eine tragfähige Rechtsgrundlage hatte. Das spielte solange keine Rolle, wie in Belgrad und Podgorica identische politische Eliten das Ruder führten. Seit 1996 versuchte Montenegro, sich aus der desaströsen Gemeinschaft mit Milošević zu lösen.³¹ 1998/99 folgten mehrere Proklamationen, *Plattformen* etc., die auf ein vierfaches Vetorecht des mit 13 812 km² und 650 000 Einwohner kleinen Montenegro in ökonomischen, politischen, militärischen und föderalen Fragen hinausliefen.³² Dabei hatten die Montenegriner die internationale Unterstützung, sichtbar an der mit deutscher Billigung und Förderung 1999 vollzogenen Einführung der Deutschen Mark als *Parallel-Währung*, was Montenegro die ökonomische Unabhängigkeit verschaffte. In Podgorica war man zudem auf die Eigenstaatlichkeit aus, die international aber keine Unterstützung fand, weil damit Montenegros Reiz als Gegenpol zur Milošević-Diktatur geschwunden wäre. Die internationale Gemeinschaft hatte sich aller direkten Einflussmöglichkeiten auf Milošević beraubt und konnte nur noch auf die „Sogwirkung“ hoffen, die von einem international unterstützten Montenegro auf den größeren *Bundespartner* ausgehen würde.³³

Montenegro war in der Spätphase Miloševićs monatelang in größter Gefahr, da die jugoslawischen Streitkräfte (Vojska Jugoslavije – VJ) im Lande stand.³⁴ Im Grunde hätte Montenegro nach dem Sturz des Diktators im Oktober 2000 wieder still ins *jugoslawische* Glied treten müssen. Offenkundig aber hatte man in Podgorica zu lange den Duft der großen internationalen Welt geschnuppert, um davon wieder lassen zu können. Bis 2000 hatte Montenegro immer wieder mit einem *Referendum* gedroht, mit welchem es seine Unabhängigkeit beginnen wollte. Seit dem Machtwechsel in Belgrad, aus dem auch eine nahezu unbegrenzte Dialogbereitschaft mit Montenegro resultierte, propagierte die dortige Führung unter Präsident Milo Đukanović mit aller Macht das Referendum in der Hoffnung auf ein eindeutiges Votum des montenegrinischen *Volkes*.³⁵

Die montenegrinische Situation ist ziemlich verworren: Miloševićs einstige Ableger in Montenegro, die *Volkssozialisten* (SNP), sind inzwischen der Partner von Koštunica, der ohne diese noch weniger *jugoslawische* Macht besäße, als er ohnehin (nicht) hat. Đukanovićs *Demokratische Sozialisten* (DPS) haben bei den vorgezogenen Wahlen des montenegrinischen Parlaments im April 2001 nur eine knappe Mehrheit gegenüber dem „jugoslawischen Block“ erzielt und das Referendum über die Unabhängigkeit zunächst

30 Vgl. Pavle Rak: Suočavanja sa zločnom (Konfrontation mit dem Verbrechen). In: Republika, 1.–15.4.2001, S. 5–8

31 Vgl. Velizar Brajović, Nenad Stefanović: Federacija na remontu (Föderation in Reparatur). In: Vreme, 10.7.1999, S. 14–15

32 Vgl. Wolf Oschlies: Montenegro - Auf zum letzten Gefecht? In: Konrad Clewing, Jens Reuter (Hg.): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Akteure – Verlauf. München 2000, S. 247–258

33 Vgl. Zoran Kusovac: Montenegro - The crisis that could scuttle Yugoslavia. In: Jane's Intelligence Review, 6/1998, S. 9–14

34 Vgl. Zoran Kusovac: Milosevic prepares to play out Montenegro. In: Jane's Intelligence Review, 9/1999, S. 14–17

35 Vgl. Wolf Oschlies: Montenegro: "Modell balkanischen Lebens"? Zur jüngsten Eskalation des Konflikts Belgrad–Podgorica. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/2000

ausgesetzt. Der Anteil der Bürger mit „montenegrinischer“ Identität dürfte unter 60 Prozent liegen. International unterstützt niemand die montenegrinischen Souveränitätswünsche – am allerwenigsten die USA. Auch die EU halten nichts von einem souveränen Staat Montenegro, weil sie von ihm eine Belebung secessionistischer Ambitionen bei Kosovo-Albanern, RS-Serben, herzegowinischen Kroaten und anderen befürchten. Andererseits lässt sich eine montenegrinische Eigenstaatlichkeit nicht verhindern, denn die Kriterien der Badinter-Kommission von 1991, dank derer Kroatien und Slowenien unabhängig wurden, gelten uneingeschränkt auch für die ex-jugoslawische (Teil-)Republik Montenegro. In diesem Dilemma wird man die Montenegriner wohl auf jede Weise entmutigen, ihr eventuelles Unabhängigkeitsvotum aber akzeptieren.

Diese Haltung wird mehr und mehr auch die serbische. In Serbien möchte man, als Politiker wie als einfacher Bürger³⁶, den gemeinsamen Staat durchaus beibehalten – mit Blick auf historische und ethnische Gemeinsamkeiten, aber auch aus Angst vor etwaigen Vorbildwirkungen auf den kosovarischen Sezessionismus. Koštunica war um das Konzept einer „funktionalen Föderation“ bemüht, die den Montenegrinern alle Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten einräumte.³⁷ Podgorica konterte mit einer *Plattform „Grundlagen der neuen Beziehungen Montenegros und Serbiens“*³⁸, die von Ferne an die tschechoslowakischen Debatten vom Sommer 1992 erinnert: Die Föderation soll alle Verantwortung für den kleineren Bundespartner übernehmen, aber kaum Einfluss auf diesen ausüben dürfen. Belgrad zeigt abnehmende Bereitschaft, den gemeinsamen Staat um jeden Preis zu retten. Die beiden jüngsten *Plattformen* stimmen darüber ein, in der Verteidigung, der Außenpolitik und den wirtschaftlichen Grundlagen Gemeinsamkeit zu wahren – mit *koordinierender* Kompetenz der Bundesregierung nach montenegrinischem Willen, mit *entscheidender* nach serbischem.³⁹ Koštunica war überzeugt, dass Montenegro in Wahrheit keine Föderation, sondern die Eigenstaatlichkeit wolle, glaubte aber, dass die serbische Seite „mit einem hohen Maß an Bereitwilligkeit, Offenheit und Toleranz“ noch einen Wandel herbeiführen könne. Mit dieser Meinung stand er ziemlich allein; gerade renommierteste Intellektuelle wie etwa die Bürgerrechtlerin Vesna Pešić fordern einen klaren Kurs Montenegros. Die aktuelle Taktik Montenegros, zugleich die Eigenstaatlichkeit anzustreben und Gespräche über die Föderation zu verlangen, zeugt nur von uneingestandener Unsicherheit über den eigenen Kurs, wie auch in Meinungsumfragen zum Ausdruck kommt: 42 Prozent der Montenegriner sind gegen die Loslösung von Serbien, 40 Prozent dafür, der Rest ist unentschlossen.⁴⁰

Was ist noch möglich? Serbiens neue Macht ist aus demokratischen Wahlen hervorgegangen, die von knapp 80 Prozent der Montenegriner boykottiert wurden. Die neuen Machthaber haben bislang nicht die Gesetze, Verfassungsänderungen etc. von Milošević rückgängig gemacht, was die Montenegriner in ihrem Misstrauen gegen Belgrad bestärkte und in ihrem Unabhängigkeitskurs fortfahren ließ. Dieser Kurs war zunehmend auch ein Nationsbildungsprozess, und die sich auf ihrem kleinen Territorium bildende montenegrinische Nation wäre, wenn überhaupt, nur zu einem Dialog auf der Basis der

36 Das besagen die Voten zahlreicher Meinungsumfragen. Vgl. Liljana Bačević: Građani Srbije podeljeni (Die Bürger Serbiens sind geteilt). In: Medija Centar Beograd – Analitički servis, 22.12.2000

37 Blic, 11.1.2001

38 Blic, 4.1.2001

39 Vgl. Jasna Kesić: Srbija i Crna Gora u ćorsokaku (Serbien und Montenegro in der Sackgasse). In: Republika, Nr. 254/2001

40 Vgl. Vesna Pešić: Lažne države ne treba stvarati (Pseudo-Staaten soll man nicht bilden). In: Medija Centar Beograd – Analitički servis, 22.11.2000

Gleichberechtigung bereit gewesen. Diesem Verlangen setzte Belgrad eine Haltung entgegen, die bewusst oder unbewusst in den Kategorien von Kräfteverhältnissen befangen war: Was wollen eigentlich die 650 000 Montenegriner noch, wenn wir 10 Millionen Serben gerade einen radikalen Systemwandel starten? Belgrad hat zu keinem Zeitpunkt die Majorisierungsängste der Montenegriner verstanden oder gar beschwichtigt. Dadurch könnte eintreten, was Serbien unter allen Umständen verhindern wollte: durch die montenegrinische Eigenstaatlichkeit zu einem Binnenstaat mit acht Grenzen und ohne Adriazugang zu werden.⁴¹

Diese Perspektive möchte Präsident Đukanović der internationalen Gemeinschaft als den Beginn einer neuen Ära souveränerer und selbstbestimmterer Gleichwertigkeit der ex-jugoslawischen Nachbarn schmackhaft machen. International sieht man den montenegrinischen Kurs als weitere Ausformung des unseligen Strebens nach ethnischer Homogenität und Exklusivität und betrachtet Montenegro sozusagen als eine *Kosovo light*-Version: Einmal mehr hat man im Bemühen, Gegner Miloševićs zu fördern, Geister gerufen, die man nun nicht los wird. Das politisch reformierte Serbien und das als Alternative zu Milošević gehätschelte Montenegro wären in internationaler Einschätzung zwei ideale Teile einer dreigliedrigen Föderation aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo. Tatsächlich aber streben das Kosovo und Montenegro so rigoros von Serbien fort, als wäre dort immer noch Milošević an der Macht.⁴²

Serbiens Gegenwart ist auch ein Abschied von politischen Altlasten: Der charakteristische serbische *Unitarismus* hat ebenso ausgedient wie herkömmliche *großserbische* Ideologien oder Mythen. Das Land steht immer noch vor der Gefahr, durch Abspaltung auf eine Größe zu schrumpfen, wie es sie zuletzt im späten 18. Jahrhundert aufwies: Belgrad und die südlich angrenzenden Regionen. In Serbien ist man überzeugt, durch totalen Verzicht auf Miloševićs Brachialpolitik innere Kohäsion unter den offiziell anerkannten 38 Volksgruppen des Landes zurückgewinnen zu können. Das betrifft vor allem multiethnische Gebiete wie die Vojvodina und den Sandžak, die früher gnadenlos ausgebeutet und entrechtet wurden.

Miloševićs rigorose Unterdrückung multiethnischer Regionen führte dort zu Absatzbewegungen, die mit seinem Sturz nicht geschwunden sind. Beispielsweise haben die 300 000 ethnisch serbischen Muslime des Sandžak ihre neuerliche Selbstidentifikation als *Bosnier* (bošnjak) nicht aufgegeben. Was das bei einer Teilung des Sandžak, die bei einer Loslösung Montenegros von Serbien unvermeidlich wäre, nach sich zöge, mag jeder sich nach Belieben ausmalen – jedenfalls könnten die dortigen *Muslime* in einem unter Serbien und Montenegro aufgeteilten Sandžak einen neuen Unruheherd bilden.⁴³

Noch brisanter ist die Situation in der Vojvodina. Diese Region umfasst 27 Prozent des serbischen Territoriums und in ihr leben 28 Prozent der serbischen Bevölkerung. Die ungewöhnlich fruchtbare, ja reiche Vojvodina hat mindestens 40 Prozent des serbischen Budgets getragen, aber nur 0,8 Prozent von Belgrad zurückbekommen. Das wollen die Menschen dort umkehren: Zuerst soll die Verfassung geändert werden, damit die Vojvodina ihre frühere Autonomie zurückerhält, dann sollen rund 60 Zwangsgesetze der Milošević-Ära fallen. Dafür hat die DOS-Regierung noch keinen Finger gerührt, weswegen im serbischen Norden Zorn aufkommt.⁴⁴

41 Vgl. Branka Prpa (Interview): Jugoslavija više ne postoji (Jugoslawien besteht nicht mehr). In: Monitor, 29.3.2001

42 Vgl. Božo Nikolić: Život mrtve države (Das Leben eines toten Staates). In: Monitor, Nr. 537/2001

43 Vgl. Svetlana Đurđević-Lukić: Bošnjaci i Muslimani (Bosnier und Muslime), in: NIN, 25.1.2001, S. 21

44 Vgl. Batić Bačević: Vojvodina – Bekstvo u budućnost (V. – Flucht in die Zukunft). In: NIN, 1.3.2001, S. 20–22

Die Vojvodina, in der sich Ämter durch Türschilder in vier oder mehr Sprachen ausweisen, könnte eine europäische Musterregion sein, in der sich die kreativen Energien eines Dutzends Volksgruppen in regionaler Koexistenz und naturgegebenem Wohlstand entfalten. In der Vergangenheit gab es dazu Ansätze, aber unter Milošević wurde die Region wie eine Kolonie ausgebeutet. Die neue DOS-Regierung bittet die Region um Geduld, da man in Süd-Serbien, im Kosovo und anderswo drängendere Probleme habe. Aber solche Vertröstungen hat man in der Vojvodina zu oft gehört: Eine machtvolle *Autonomiebewegung* (autonomaški pokret), von Serben unter der Leitung des stets explosiven Nenad Čanak⁴⁵ geführt, bestürmt die DOS mit einem Nachdruck, der sich einst gegen Milošević formierte. Um 1990 hätte sich niemand für eine *Föderalrepublik Vojvodina* eingesetzt, derzeit sind es bereits 16 Prozent; weitere 17 Prozent schlagen sich gar für einen „unabhängigen Staat Vojvodina“, und wenn man noch diejenigen dazurechnet, die die bescheidene Autonomie der Verfassung von 1974 zurückhaben wollen, sind 75 Prozent der Vojvodina-Einwohner gegen den ethnisch-politischen Status quo. Angesichts einer derart brisanten Stimmung kann man nur staunen, wie Belgrad so tut, als herrschten im serbischen Norden Frieden und Ruhe.⁴⁶

Kosovo, Preševo und Mazedonien

Im Zusammenleben zweier oder mehrerer Völker folgt man immer drei Modellen: Assimilation, Dominanz oder Koexistenz. Im Verhältnis Serbiens zu den Albanern im Kosovo wurde die *Assimilation* niemals auch nur versucht, während die *Dominanz* in wechselnden Formen praktiziert wurde, unter denen Miloševićs Kosovo-Politik für alle Beteiligten die verlustreichste und verheerendste war.

Nach den NATO-Luftangriffen hat sich das Kosovo dieses, ungeachtet der Präsenz von UNMIK und KFOR, in einen terroristischen Gefahrenherd für den ganzen zentralen Balkan verwandelt. Dabei sind die Albaner untereinander zutiefst gespalten, und nur ihre Abneigung gegen Serbien und Serben eint sie noch. Dass die UN-Sicherheitsrats-Resolution 1244 das Kosovo nach wie vor als „integralen Bestandteil Jugoslawiens“ behandelt (dem freilich eine „substanzielle Autonomie“ zusteht), wird von ihnen nicht als Hindernis für ihre selbsterklärte „Unabhängigkeit“ angesehen – man setzt darauf, dass die NATO „ewig“ im Kosovo bleibt, als „Privatarmee“ der Albaner fungiert und deren Treiben deckt.⁴⁷

Faktisch haben die Serben das Kosovo längst aufgegeben: Investitionen und Binnenkolonisation wurden schon vor über zehn Jahren gestoppt, nur in nationalistischen Reden und Liedern war noch vom „heiligen“ Kosovo als „Wiege des Serbentums“ die Rede. Das hätte vermutlich niemanden gehindert, das Kosovo eines Tages aufzugeben – wäre es allein bei diesem geblieben.

Im kosovarischen Prizren hatten 1878 Albaner die *Liga von Prizren* gegründet, deren Ziel es war, alle von Albanern besiedelten Regionen des Osmanischen Imperiums zusammenzufassen und ihnen eine Autonomie zu verschaffen. Das damalige Konzept hat gegenwärtig eine *großalbanische* Renaissance erfahren: Geographische Karten, Akademie-Memoranden aus Tirana und Priština und Kampfprogramme der kosovo-albanischen Terrortruppe UÇK weisen ein *Groß-Albanien* aus, das neben Albanien und dem Kosovo auch das südöstliche Mon-

45 Biographie in: *Vreme*, 1.3.2001, S. 9. Čanak ist ein Mensch, der zu Aussagen neigt, die einem das Blut gefrieren lassen. In dem weiter unten zitierten Interview verstieg er sich beispielsweise zu diesem Vergleich: „Wäre 1945 in Deutschland ein Legalist von der Art Vojislav Koštunica zum Präsidenten gewählt worden, dann würden bis heute in Deutschland Juden verbrannt werden, denn auch die Hitler-Gesetze hätten nicht geändert werden dürfen“.

46 Vgl. Nenad Čanak (Interview): Čije su naše pare (Wem unser Geld gehört). In: *NIN*, 1.3.2001, S. 18–20

47 Vgl. Ibrahim Rugova (Interview): „Die Nato ist unsere Privatarmee“. In: *Der Spiegel*, Nr. 50/2000, S. 194ff

tenegro (einschließlich der Hauptstadt Podgorica), Süd-Serbien, zwei Drittel Mazedoniens (einschließlich der Hauptstadt Skopje) und den nordgriechischen Epirus umfasst.⁴⁸ Die Kämpfe dafür wurden zwischen November 1999 und Mai 2001 von der albanischen UÇPMB ausgetragen, die ihren Namen von den südserbischen Orten Preševo, Medveđa und Bujanovac ableitet. Das 20 km lange, 5 km breite *Preševo-Tal*, durch das die Bahnlinie Belgrad–Thessaloniki führt, wurde am 10. Juni 1999 durch das zwischen NATO und VJ ausgehandelte *Militärisch-Technische Abkommen von Kumanovo* als *Sicherheitszone* ausgewiesen, in welcher nur leichtbewaffnete serbische Polizisten anwesend sein durften. Die Serben hielten sich daran, die KFOR ist nicht im Preševo-Tal, das in kosovo-albanischen Medien als *Ost-Kosovo* bezeichnet wird⁴⁹, folglich hatte die etwa 1 000 Mann starke, aus dem Kosovo eingesickerte UÇPMB mit ihren schweren Waffen leichtes Spiel. Die rund 60 000 lokalen Albaner wollten mit ihr nichts zu tun haben, konnten ihr aber nicht ausweichen, da sie ihnen Zwangssteuern in Devisen und Zwangsrekrutierungen auferlegte.⁵⁰

In dieser Lage hat Belgrad eine erstaunliche Initiative gestartet, die ganz bewusst das totale Gegenteil von Miloševićs Kosovo-Politik propagiert: Wo dieser Autonomien beseitigte, Albaner aus Armee und Polizei hinauswarf, sie beruflich und schulisch diskriminierte, da bietet Belgrad den Albanern heute jede Form von *Integration* an - in Bundes- und Republik-Ministerien, in die Polizei usw., dazu ein „hohes Maß an lokaler Selbstverwaltung“⁵¹, allerdings keinen „Sonderstatus“ oder gar einen „albanischen Staat im Staate“.⁵² Mit diesem Programm will Serbien nicht nur im Preševo-Tal auch ein „Muster“ für kommende Klärungen der Kosovo-Krise schaffen.

Diese Umstände und die eigene Unfähigkeit zur effektiven Grenzsicherung bewogen die KFOR, der VJ im März 2001 die Rückkehr in immer größere Sektoren der Sicherheitszone zu gestatten, was diese zu einem Gebiet machte, das seinen Namen – *Ground Security Zone* (GSZ) – erstmalig verdiente.⁵³ Bis Ende Mai vollzog sich mit Billigung der NATO die Rückkehr der VJ auch in alle Teile der GSZ, die UÇPMB musste deshalb ihrer Auflösung zustimmen.

Auch die Krise in Mazedonien war für die Änderung der westlichen Haltung gegenüber dem Konflikt in Südserbien ausschlaggebend. Albanische Terroristen aus dem Kosovo überzogen Mazedonien seit Ende Januar 2001 mit Krieg.⁵⁴ Dort sah man sich, so ein Skopjer Regierungssprecher, konfrontiert „mit einer in der Menschheitsgeschichte einmaligen Tatsache: Ein souveränes Land wird vom Territorium eines internationalen Protektorats aus angegriffen“. Der in der Aussage enthaltene Vorwurf an NATO und internationale Gemeinschaft, KFOR und UNMIK, war vollauf berechtigt: Deren geballte Fehler im Kosovo begannen sich auch in Mazedonien verheerend auszuwirken. Damit war nicht nur das einzige ex-jugoslawische Land, in dem nie ein einziger Schuss gefallen war, bedroht, sondern auch der treueste balkanische Partner der internationalen Gemeinschaft, der sich im Frühsommer

48 Vgl. Božo Nikolić: Zapad i ideja "Velike Albanije" – Opasnost s juga (Der Westen und die Idee „Groß-Albaniens“ – Gefahr aus dem Süden). In: Monitor, 29.3.2001

49 Vgl. Dejan Anastasijević, Jovan Dulović: Zona visokog rizika (Zone hohen Risikos). In: Vreme, 30.11.2000, S. 8–11

50 Vgl. Vojkan Ristić: Put kojim se rijetko ide (Ein Weg, den man selten geht). In: Dani, 2.2.2001, S. 40–41

51 Wortlaut des Čović-Plans in: Vreme, 8.2.2001, S. 20–21

52 Die einschlägigen Aussagen zu diesem Programm wie auch zur Lage im Preševo-Tal erfolgten im Januar/ Februar 2001 vorwiegend im serbischen Fernsehen RTS. Vgl. auch Nebojša Čović (Interview): Nema više solo pevanja (Es gibt keinen Sologesang mehr). In: Vreme, 11.1.2001, S. 10–13

53 Ausführlicher Bericht in: Danas, 15.3.2001

54 Vgl. Ana Gapo: So poitika do mir (Mit der Politik zum Frieden). In: Puls (Skopje), 9.3.2001, S. 8–10

1999 widerspruchslos 360 000 Kosovo-Flüchtlinge aufdrängen ließ und später als logistischer Rückhalt für 45 000 KFOR-Soldaten diente.⁵⁵

Es gibt weder im Kosovo noch im Preševo-Tal oder gar in Nord-Mazedonien einen legitimen albanischen „Kampf um humanitäre Rechte“ oder ähnliches, sondern nur albanische Gangster, die sich im Bemühen um die *groß-kosovarische* Ausweitung ihres Drogen- und Schmuggelterritoriums ein „humanitäres“ Tarnmäntelchen umhängen, und es gibt noch immer zu viele internationale Balkan-Gouverneure, die sich von ihrem gestrigen Selbstbetrug hinsichtlich der UÇK nicht lösen können. Der neuerliche Terror extremistischer Albaner im zentralen Balkan ist letztlich ein NATO-Produkt, und je eher man das in Brüssel einsieht und die notwendigen Konsequenzen daraus zieht, desto eher werden die Stabilitätsziele der internationalen Gemeinschaft in Südosteuropa erreicht werden. Das Serbien des Slobodan Milošević hat einmal – im Verein mit dem kroatischen Gangsterregime des Franjo Tudjman – dafür gesorgt, dass Sicherheit und Prosperität in dieser Region Europas abhanden kamen. Das Serbien der Gegenwart sorgt dafür, dass sie zurückkehren.

Serbien, Bosnien und Kroatien

„Mit Bosnien geht es erst aufwärts, wenn Serbien geschwächt und Kroatien demokratisiert ist“, sagte 1999 der bosnische Präsident Alija Izetbegović. Inzwischen ist Izetbegović aus dem Amt und in Kroatien und Serbien hat es Machtwechsel gegeben. Beide haben die Lage in Bosnien nur indirekt beeinflusst: Wenn Bosnien-Herzegowina auch im fünften Jahr *nach* Dayton kaum Ansätze zur Gesundung zeigt, dann liegt es vor allem an der internen Obstruktion, mit denen dort jeder Reformansatz zunichte gemacht wird. Die unter dem Diktat der rechtsradikalen Tudjman-Bewegung HDZ stehenden Kroaten der Herzegowina beschlossen zu Jahresbeginn 2001 sozusagen ihren Austritt aus der Republik Bosnien-Herzegowina – zum Schutz „der nationalen Interessen des kroatischen Volks“ in Bosnien. Die Wortführer dieses Streichs sind bekannte Betrüger, die Millionen in ihre Tasche leiteten, und Mörder, die etwa den früheren Innenminister Joža Leutar auf dem Gewissen haben. Diese Verquickung politischer und krimineller Strukturen findet sich auch unter Muslimen wie dem Ministerpräsidenten der bosnisch-kroatischen Föderation, Edhem Bičakčić, der angesichts einer bevorstehenden Aufdeckung seiner privaten Großbetrügereien nach Frankreich zu fliehen versuchte. Wieder und wieder fallen die Einwohner Bosnien-Herzegowinas auf die „nationalen“ Phrasen selbsternannter „Volksführer“ herein, deren ganzes Handeln zum eigenen Nutzen und zum Schaden des Volks ausfällt.⁵⁶

Der auswärtige Aspekt kommt dabei nur insoweit ins Spiel, als mit dem Tod beziehungsweise der Entmachtung der Kriegsverbrecher im Präsidentenamt, dem Kroaten Franjo Tudjman († Dezember 1999) und Slobodan Milošević, die permanente Bedrohung schwand, dass Bosnien unter Serbien und Kroatien aufgeteilt würde, wie Tudjman und Milošević es im März 1991 beschlossen hatten.

Tudjman und Milošević hatten im November 1995 das Dayton-Friedensabkommen unterzeichnet, das eine Binnengliederung Bosnien-Herzegowinas in zwei *Entitäten* vorsah, die *Bosnisch-Kroatische Föderation* und die *Republika Srpska* (RS). Letztere war eine Bastion Miloševićs, bis Biljana Plavišić sie 1996/97 von den Polit-Gangstern des Radovan Karadžić löste und schrittweise in internationale Aufmerksamkeit zurückführte. Zu Jahresbeginn 2001 stellte sich Frau Plavišić dem Tribunal in Den Haag, von ihrer nachweisbaren Unschuld

55 Detailliert Wolf Oschlies: Makedonien: „Oase des Friedens“ oder Kriegsschauplatz? <www.swp-berlin.org>

56 Vgl. Kemal Kurspahić: Vitalni navodni interesi (Wortspiel: Die angeblichen /nationalen/ vitalen Interessen). In: Dani, 16.3.2001, S. 41

überzeugt freiwillig: Miloševićs Kriegspolitik hatte die bosnischen Serben in ein solches Unglück gestürzt, dass sie von Dayton förmlich „gerettet“ wurden. Wäre Dayton auch nur ein halbes Jahr später gekommen, hätte es in Bosnien kaum noch Serben gegeben, die die Bosnische Armee vertrieben hätte.

In der Folgezeit verfiel Serbien unter Milošević derart, dass die RS für die Serben eine attraktives Gegenmodell wurde: Dort klappte die Privatisierung der Wirtschaft besser als in Serbien und in der bosnischen Föderation, dort ging es aufwärts oder wenigstens nicht steil abwärts wie in Serbien, folglich gab es einen stetigen und zunehmenden Strom serbischer „Flüchtlinge“ in die RS. Dabei blieb es auch, nachdem Biljana Plavšić Ende der neunziger Jahre wieder von der politischen Bildfläche verschwand. Anfang 2000 folgte dann noch das überaus wichtige Urteil des Verfassungsgerichts, das allen drei Staatsvölkern *Konstitutivität* in allen Landesteilen zusicherte, womit die allgegenwärtige nationalistische Obstruktion und regionale Tendenzen zur ethnischen Exklusivität deutliche Dämpfer bekamen. Dass die international anerkannte, in der UN vertretene *Republik Bosnien-Herzegowina* faktisch dennoch ein Nicht-Staat ist, in dem die Zentralorgane keine, die Entitätsorgane größere und die *Kantone* ausschlaggebende Macht besitzen, ist leider eine Realität.

Die RS liegt in Bosnien, und wenn Serbien (Jugoslawien) sein Verhältnis zu Bosnien verbessert, leistet es der RS den bestmöglichen Dienst. Genau das möchte Belgrad auch, wie Koštunicas Besuch in Sarajevo im Januar 2001 zeigte. Dabei wurde die Anknüpfung offizieller Beziehungen samt „Kooperation in allen Gebieten von beiderseitigem Interesse zur Stabilisierung gutnachbarschaftlicher Verhältnisse in der ganzen Region“ vereinbart, denen auch die „Herstellung spezieller paralleler Beziehungen zwischen der BRJ und der RS“ untergeordnet wurden.⁵⁷ Zusätzlich brachte Koštunica sogar den Gedanken einer bilateralen *Kommission für Wahrheit und Versöhnung* in die Debatte ein. Damit hatte er Teile der Öffentlichkeit *noch* überfordert, aber die Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses ist kürzerfristig zu erwarten. Dasselbe gilt für das serbisch-kroatische Verhältnis. Alles andere wäre ja auch widersinnig, nachdem ein gründlichst gewandeltes Serbien von der internationalen Gemeinschaft mit geradezu demonstrativem Wohlwollen bedacht wird. Etwas vom neuen Belgrader Geist täte auch Sarajevo gut: Dort hat man zwar die militärischen und territorialen Bestimmungen von Dayton recht gut implementiert, dessen politische Vorgaben aber noch nicht einmal angegangen.

Bosnien ist im Ausland mit knapp 2,4 Milliarden Dollar verschuldet, durch interne Obstruktion aber zu jeder Wirtschaftsbelebung unfähig und folglich darauf angewiesen, von immer neuen „Geberkonferenzen“ des Stabilitätspakts oder der islamischen Welt am Leben erhalten zu werden. Die für ökonomische Wiederbelebung nötigen Elemente wie Privateigentum, Marktwirtschaft etc. werden mit großem publizistischen Aufwand als Mittel verteufelt, Bosnien zur „Kolonie“ westlicher Konzerne zu machen.⁵⁸ Diese Geistesverwirrung nützt allein Kriminellen und politischen Rattenfängern, die in der Herzegowina „kosovarische“ Verhältnisse mit antistaatlichen „Parallelstrukturen“ durchsetzen wollen. Der Hohe UN-Repräsentant Wolfgang Petritsch hat die Rädelsführer abgesetzt, aber das Unheil

57 Sead Hadžović: Bosna i Hercegovina nakon izbora (BH nach den Wahlen). In: Republika, Nr. 254, 1.–15.2.2001, S. 12–13

58 Vgl. z.B. Bajro Golić: Bosna postaje ekonomska kolonija (Bosnien wird zur wirtschaftlichen Kolonie). In: Ljiljan, 12.–19.3.2001, S. 26–27

lässt sich nicht mehr rückgängig machen.⁵⁹ Ähnliches gilt für Kroatien, das eines der offensten Durchgangsländer für kriminelle Schlepperbanden von Flüchtlingen nach Westeuropa ist.⁶⁰

Serbien wird derzeit international weit mehr beachtet und besser beurteilt als seine Nachbarn. Diese reagieren mit politischem und publizistischem Kleinkrieg: Wenn Jugoslawien mit der bosnischen *Republika Srpska*, wie es vom Dayton-Vertrag erlaubt ist, den Ausbau „paralleler Beziehungen“ vereinbart, dann wird es vom bosnischen Außenministerium der Verletzung Dayons verdächtigt.⁶¹ Wenn das Haager Interesse an Serbien für einen Moment nachzulassen scheint, wartet Kroatien mit einer achtbändigen Dokumentation von zusammen 2 700 Seiten auf, die einen „serbischen Genozid an Kroaten“ beweisen sollen.⁶² Dass es seit dem serbischen Umsturz keinen einzigen kroatischen oder bosnischen Bericht gegeben hat, der diesen Wandel fair und korrekt beschrieben hätte, versteht sich ebenso, wie das Bemühen dieser Medien überwiegt, anhand von Albernheiten und willkürlichen Einzelaspekten zu „dokumentieren“, dass sich in Serbien eigentlich nicht viel geändert habe.⁶³

Schlussbemerkung

Das Haager Tribunal, die westlichen Sanktionen, das Verhältnis zu Russland, das Verhältnis zu Montenegro und die Spannungen um das Kosovo – das waren oder sind die fünf „Herausforderungen“, mit denen die DOS ihren Weg angetreten hat. So schrieb der französische Analytiker Francois Schlosser im Oktober 2000.⁶⁴ Ein paar Monate reichten hin, diese „Herausforderungen“ zu beseitigen oder zu vermindern: Mit Den Haag hat sich Belgrad geeinigt, die internationalen Sanktionen wurden aufgehoben, Montenegro bleibt sich selber überlassen, und für das Kosovo hat man einen Plan vorgelegt, der nur dann scheitern muss, wenn die internationale Gemeinschaft die albanischen UÇK-Terroristen wie bisher mit übergroßer Nachsicht behandelt. Und was gar „la Russie, très attachée à sa présence dans les Balkans“ betrifft, so ist das ein unausrottbarer Mythos: Russland hat niemals eine Konzeption für den Balkan gehabt und war auf diesem auch nie präsent. Dass seine letzten Präsidenten, der Alkoholiker Boris Jelzin und der KGB-Offizier Vladimir Putin, den Verfall Russlands zur regionalen Mittelmacht durch etwas balkanisches Mitreden kompensieren wollten, hat nur russische Politnarren wie Vladimir Žirinovskij begeistert und wurde von Milošević kunstvoll genutzt, um durch irrealer Projekte wie die *Union Russland-Weißrussland-Jugoslawien* von Moskau weitere unbezahlte Öllieferungen zu erpressen. „Herr Koštunica“, wie ihn Putin noch lange nach seinem Sieg so nannte, hat den Russen hingegen kühl bedeutet, dass er von ihnen nichts will und sie nicht braucht.

Serbien hat sich deutlich gewandelt. Ist es aber auch dabei, sich vom früheren „Faktor der Instabilität“ zum konstruktiven Gegenteil zu wandeln? Dafür gibt es viele Indizien, aber auch viele „Vorschusslorbeeren“ für die neue Führung eines Landes, bei dem der internationalen Gemeinschaft bereits alle Ideen auszugehen drohten.

Niemand hat am Balkan irgendein politisches, wirtschaftliches, strategisches oder sonstiges Interesse; wenn man sich in der europäischen Südostregion dennoch engagiert, dann geschieht

59 Berichte in: Ljiljan, 12.–19.3.2001, S. 12–13

60 Vgl. Antun Masle: Invazija s istoka (Invasion aus dem Osten). In: Globus, 23.2.2001, S. 38–41

61 Bericht in: Ljiljan, 19.–26.2.2001, S. 12

62 Bericht in: Slobodna Dalmacija, 5.3.2001, S. 5

63 Als bezeichnendes Beispiel dafür vgl. Emir Imamović: Smrt poslednje Jugoslavije (Der Tod des letzten Jugoslawiens). In: Dani, 16.3.2001, S. 36–40

64 Francois Schlosser: Les cinq défis de Kostunica. In: Le Nouvel Observateur, 12.–18.10.2000, S. 37

das allein in der Wahrung europäischer *Werte-Interessen*. Diese erfordern dreierlei: eine befriedete Region, friedliche Länder in der Region und ein garantiertes Mindestmaß an Menschen- und Minderheitsrechten in jedem Land.

Unter Milošević war das kriegerische, diktatorisch regierte und *großserbisch* motivierte Serbien der verkörperte Widerspruch dieser Postulate. Heute verspricht das Land, ihnen mit jedem Tag mehr zu genügen. Das tut es *nicht* wie etwa das Post-Tudjman-Kroatien widerstrebend und zögernd, vielmehr agiert es mit einer Entschlossenheit, die aus der Erkenntnis der Verderblichkeit aller früheren Politik resultiert: Wer so wie Serbien am Boden liegt, kann sich nur noch erheben.

„Teuflische“ Details werden in keinem Fall ausbleiben: Nach zehn Jahren Milošević trägt Serbien an einer Riesenbürde sozialer, ökonomischer, kultureller und weiterer Defizite, an die in der gegenwärtigen Euphorie im In- und Ausland niemand denken mag. Im Inland wird man sehr bald daran denken müssen. Im Ausland ahnt man jetzt schon, dass enorme Hilfen für das Land nötig sein werden. Ein Problem ist das weiter nicht: Teuer war der Balkan in den letzten Jahren immer, nun aber bietet sich die solide Chance, dass jede Finanzaufwendung sich in den Kategorien südosteuropäischer Sicherheit und Stabilität „auszahlt“.

Prof. Dr. Wolf Oschlies
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Stiftung
Wissenschaft und Politik, Berlin